



17

Antrag

**an die 162. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
am 24. Mai 2013**

Klare Herkunftskennzeichnung bei verarbeiteten Lebensmitteln auf EU-Ebene und eine Verstärkung der Lebensmittelkontrollen in Österreich

Verbraucher haben einen Anspruch auf möglichst umfassende Sicherheit bei Lebensmitteln. Gerade die jüngsten Skandale im Lebensmittelbereich zeigen, dass die derzeitigen Regelungen betreffend die Lebensmittelkennzeichnung insbesondere im Hinblick auf verarbeitete Lebensmittel nicht ausreichend sind. Antibiotika-Putenfleisch, „Fleischbetrug“ bei Fertiggerichten durch irreführende Kennzeichnung (Pferde – statt Rindfleisch), kontaminierte Futtermittel (Schimmelpilz Aflatoxin B1) oder falsch deklarierte Freiland- und Bio-Eier sowie zahlreiche weitere Lebensmittelskandale verunsichern die Verbraucher. Daher sind nach Ansicht der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol auch die Lebensmittelkontrollen in Österreich zu verstärken.

Im Hinblick auf den präventiven Verbraucherschutz, der notwendigen Rückverfolgbarkeit und der notwendigen Transparenz im Lebensmittelbereich ist nach Ansicht der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol die Lebensmittelkennzeichnung (und Rückverfolgbarkeit) bei verarbeitenden Lebensmitteln zu verbessern. Weiters sind im Sinne des zu stärkenden Verbrauchervertrauens auch vermehrt Lebensmittelkontrollen in Österreich durchzuführen.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fordert den Bundesminister für Gesundheit und den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft auf, sich auf EU-Ebene für eine rasche und verbesserte Lebensmittelkennzeichnung insbesondere für verarbeitete Lebensmittel einzusetzen. Ebenso soll im Sinne des vorsorgenden Gesundheitsschutzes, der Rückverfolgbarkeit und der Transparenz auf Verordnungsebene dafür gesorgt werden, dass der Futtermittelsektor besser organisiert und der überhöhte Einsatz von Antibiotika vermieden wird. Der Bundesminister für Gesundheit wird außerdem aufgefordert, die Lebensmittelkontrollen in Österreich zu verstärken.

